



31.10.2023 – 09:35 Uhr

Hochrangiges Treffen der drei EWR-Staaten in Oslo

Vaduz (ots) -

Am 30. Oktober trafen sich Liechtensteins Regierungschef Daniel Risch, Islands Premierministerin Katrin Jakobsdóttir und Norwegens Regierungschef Jonas Støre zu einem Arbeitsgespräch in Oslo. Die Schwerpunkte der gemeinsamen Gespräche waren nebst den aktuellen Geschehnissen in der Ukraine und dem Nahen Osten die EWR-Zusammenarbeit als solche, der so genannte europäische Green Deal, die EU Gesundheitsunion sowie das im nächsten Jahr anstehende 30-jährige Bestehen des Europäischen Wirtschaftsraums, dem alle EU-Staaten sowie Island, Norwegen und Liechtenstein angehören.

Liechtenstein hat im zweiten Halbjahr 2023 den EWR-Vorsitz inne und setzt sich für dessen gutes Funktionieren ein. "Eine verzögerte Übernahme von EU-Rechtsakten in das EWR-Abkommen steht einer gleichwertigen Teilnahme am Binnenmarkt entgegen und kann insbesondere im Finanzsektor zu Wettbewerbsverzerrungen führen. Liechtenstein konzentriert sich daher während seines Vorsitzes auf eine Beschleunigung dieses Prozesses durch eine verbesserte Kooperation und Koordination mit Island und Norwegen", so Regierungschef Daniel Risch.

Die drei RegierungschefInnen begrüßten die Fortschritte und den breiten Ansatz der EU beim Grünen Wandel und unterstrichen ihre dahingehende volle Unterstützung. In diesem Zuge wurden auch die Entwicklungen horizontaler EU-Legislatur, also Rechtsakte, die Querschnittsmaterien umfassen, sowie die Herangehensweise der EWR-/EFTA-Staaten in diesem Bereich besprochen. Weiters wurde das Funktionieren und Verbesserungen in internationalen Gremien, in denen Island, Norwegen und Liechtenstein Mitglieder sind, erörtert. Dazu zählen die Vereinten Nationen, der Europarat oder auch die noch junge Europäische Politische Gemeinschaft.

Die RegierungschefInnen zeigten sich an ihrem Arbeitstreffen besorgt über die Lage im Nahen Osten und unterstrichen einmal mehr die Verpflichtung zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts. Zudem tauschten sie sich über die Fortschritte bei der Errichtung eines Sondertribunals und eines Schadensregisters zur Verantwortlichkeit Russlands für die anhaltende Aggression gegen die Ukraine aus.

Pressekontakt:

Ministerium für Präsidiales und Finanzen
Roland Moser, Persönlicher Mitarbeiter des Regierungschefs
T +423 236 76 68
Roland.Moser@regierung.li

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100912900> abgerufen werden.